

München, 28.04.2021

Schwangerschaftsabbrüche: CSU und Freie Wähler wollen sich nicht um betroffene Frauen kümmern

SPD sorgt sich um medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen - pro familia: Von einem ausreichenden Angebot kann nicht die Rede sein

CSU und Freie Wähler haben im gestrigen (27.04.2021) Gesundheitsausschuss einen **Antrag** abgelehnt, in dem die SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung auffordert, ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion **Dr. Simone Strohmayr** ist entsetzt: "Offensichtlich ist der Regierungskoalition das Schicksal der betroffenen Frauen egal. Ein Schwangerschaftsabbruch gehört sicherlich zu den einschneidendsten und schwierigsten Entscheidungen, die eine Frau treffen muss. Keine Frau wird dies leichtfertig tun. Umso schlimmer ist es dann, wenn es kein ausreichendes Angebot gibt, um den Eingriff vorzunehmen. Anstatt den Frauen zu helfen, werden ihnen zusätzliche Steine in den Weg gelegt."

Scharfe Kritik kommt auch vom Verband pro familia Bayern. Landesgeschäftsführer Thoralf Fricke erklärt: „Wir haben in Bayern ganze Landstriche, in denen es keine Ärztinnen und Ärzte mehr gibt, die Abbrüche vornehmen. Frauen, die sich nach der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung trotzdem für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, suchen beispielsweise in Niederbayern, in der Oberpfalz, aber auch in Schwaben und in weiten Teilen Oberbayerns vergeblich nach einer Klinik, die Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung durchführt. Wenn teilweise 150 km oder mehr einfach zurückgelegt werden müssen, dann kann von einem ausreichenden Angebot nicht mehr die Rede sein.“

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Ruth Waldmann** unterstreicht: "Die Staatsregierung stiehlt sich hier auf wirklich unschöne Weise aus der Verantwortung. Sie ist schlicht dazu verpflichtet, auch hier die medizinische Versorgung zu gewährleisten. Dies ist im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen in Bayern derzeit nicht der Fall. Vor diesem Umstand einfach die Augen zu verschließen und so zu tun, als gebe es gar kein Problem, ist schon ein starkes Stück. Im Übrigen kommt der Freistaat auch seinem gesetzlichen Auftrag nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz nicht nach."